

## Leser schreiben

## Ausländer sind voll drin

Bekanntlich gibt es ja Ausländer und Ausländer, nicht alle sind uns gleich sympathisch und nicht alle stehen uns gleich nah (wie die «Inländer» übrigens auch). Am 27. Juni stimmen die Katholikinnen und Katholiken im Kanton über die Einführung eines Stimm- und Wahlrechts für Katholiken ohne Schweizer Bürgerrecht ab. Es handelt sich hier also nicht um Muslime, Juden oder Buddhisten, so sehr wir viele von ihnen sehr schätzen. Es wird auch verlangt, dass die betreffende Person mindestens die Niederlassungsbewilligung C haben muss, das heisst, bereits mehr als fünf Jahre in der Schweiz ist und hier lebt.

Viele dieser Menschen sind bereits aktiv in unseren Kirchchören, in Jungwacht/Blauring, bei den Ministranten, in der Reinigung unserer Gebäude oder in der Freiwilligenarbeit. Sie zahlen Kirchensteuern, besuchen unsere Gottesdienste und bereichern unser kirchliches Leben. Ich möchte sie nicht missen und finde es daher mehr als Recht, wenn wir ihnen nicht nur Gastfreundschaft gewähren, sondern sie voll integrieren und aufnehmen. Es kann unserer Kirche nur guttun.

Patrik Schäffli, Pfarr-Administrator, Galgenen

## Kosten verlagern – aber wie?

Zum Leserbrief «Lichtblick für Schübelbach» von Manuel Mächler vom 9. Juni.

Einer Mutter werden durch die Kesh vier Kinder weggenommen und fremd platziert. Das ist eine tragische Geschichte, die geklärt und auf Verhältnismässigkeit geprüft werden muss. Dass diese Geschichte die Politik bewegt und mobilisiert, ist wünschenswert. Leider scheinen aber die vorgesehenen Massnahmen einmal mehr zum Fehlläufer zu werden.

Seit Ausbruch der Pandemie erhält das Wort Solidarität einen ganz neuen Stellenwert. Betrachtet man die Spendenfreudigkeit der Politiker, muss man annehmen, dass Milliarden auf irgendwelchen unbekanntem Konten schlummern, von denen der Steuerzahler nichts weiss und für die nun Verwendung gefunden werden soll. Es handelt sich dabei um das Geld der Steuerzahler und nicht das der Politiker. Wer fremdes Geld ausgeben kann, wird grosszügig.

Durch den erwähnten Vorfall ausgelöst, wird über einen Finanzausgleich zwischen Gemeinden verhandelt. Dass dies für die Gemeinde Schübelbach ein Glücksfall darstellt, ist verständlich. Was unverständlich ist, sind die anscheinend unterlassenen Massnahmen, die Kesh in die Schranken zu weisen und für transparente, finanziell realistische Unterbringung der Kinder zu sorgen.

Politik bedeutet Macht auf Kosten anderer. Dieses Modell haben sich nun auch Geldinstitute und Grosskonzerne zu Nutzen gemacht. Die Politik kreiert laufend neue Gesetze und Bestimmungen, um dem Bürger ein gutes Leben ohne Eigenverantwortung bieten zu können. Die Geldinstitute und Grosskonzerne zwingen dem Bürger laufend neue, seitenlange kleingedruckte AGB auf, mit dem Ziel «friss oder stirb». Findet kein Umkleen in der Verschwendung von Steuergeldern und bei niedrigen Einkommen statt, wird schon bald ein unschönes Erwachen den Tag triben. Solidarität ja, aber nicht um jeden Preis.

Heinz Bauer, Wollerau

## Trends bei Energieeffizienz

Am Donnerstag- und am Freitagabend fand in Pfäffikon eine Fachveranstaltung zum Thema «Haus und Energie» statt, bei der sich Interessenten über Neuheiten im Bereich Energieeffizienz informieren liessen.

von Hans Ueli Kühni

Langsam kommt wieder Leben in die Messe-Branche. Auf jeden Fall liessen es sich zahlreiche Besucher nicht nehmen, sich an der kleinen Fachmesse «Haus & Energie SZ» in der BBZP Römerrain in Pfäffikon über neue Energieeffizienz-Trends beim Bauen und Sanieren beraten zu lassen. Das Zielpublikum waren Energie-interessierte, Haus- und Stockwerkeigentümer, Architekten und Planer, Hausverwaltungen, Bauherren sowie Energiestadt-Beauftragte. Der Eintritt war frei, und man musste sich nicht registrieren – ausser für das Corona Tracing. Beraten wurden die Interessenten von Mitarbeitern von acht ver-

schiedenen Firmen, die sich Energieeffizienz auf die Fahne geschrieben haben. So waren etwa eine Holzbau-firma mit speziell isolierenden Holzwänden anwesend, dann ein Heizung-Sanitär-Photovoltaik-Anbieter, ein Bedachungsspezialist, ein Spezialist für Holzbau, das EW-Höfe sowie zwei Banken, die es zum Bauen und Renovieren auch braucht. Besucher hatten an den Ständen Gelegenheit, mit den Spezialisten zu sprechen und sich zwanglos beraten zu lassen. Manch eine Visitenkarte hat bei diesem Anlass die Hand gewechselt.

## Sechs Fachvorträge

An beiden Abenden konnten die Besucher Fachvorträgen beiwohnen, etwa zum Thema Photovoltaik, Wärme-

pumpen, Fernwärme oder Heizungsersatz. Stellvertretend besuchen wir den ersten Vortrag des Abends von Jürg Müller vom EW Höfe mit dem Titel «Sonnenstrom vom Dach ins E-Auto». Ein Thema, das immer mehr an Bedeutung gewinnt, da heute schon jedes sechste neue Auto mit Strom betrieben wird. Der Referent erklärte die verschiedenen Technologien der Elektrofahrzeuge und deren leider noch uneinheitlichen Lademöglichkeiten. Interessant waren dann seine Ausführungen zu Verbrauch, Reichweite und den Kosten. In der Folge erklärte er, was es braucht, damit der Strom vom Dach in die Autobatterien kommt. Im Anschluss konnten die Besucher Fragen stellen. Dabei zeigte sich, dass man sich das Ganze als Laie wohl

etwas zu einfach vorstellt. Dennoch, mit kundiger Beratung und dem richtigen Partner sind sicherlich alle Hürden überwindbar.

## Erstmals in Pfäffikon

Der Organisator dieser Fachmesse, Stefan Studer, erklärte, dass solche Messen schon an mehreren Orten in der Innerschweiz stattfanden und weitere geplant seien und dass diese immer einen grossen Zuspruch sowohl bei Teilnehmern als auch bei den Besuchern fänden. So auch in Pfäffikon, wo die erste derartige Fachausstellung stattfand. Einige Aussteller zeigten sich jedenfalls überrascht von den zahlreichen Besuchern, so dass wohl mit einer Wiederholung gerechnet werden darf.



Die Besucher liessen sich an der Fachmesse «Haus & Energie SZ» in Pfäffikon zu allen Bereichen der Energieeffizienz beraten.

Bild Hans Ueli Kühni

## Sollen eine Mitsprache haben

Es wird immer schwieriger, Personen zu finden, welche in der Kirchgemeinde ein Amt übernehmen. Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C sollen nun diese Möglichkeit erhalten. Es handelt sich dabei meistens um Katholikinnen und Katholiken aus Europa. Sie leben schon lange in der Schweiz und sind mit unseren Sitten und Gebräuchen gut vertraut. Sie sollen in der katholischen Kirche eine Mitsprache erhalten und Verantwortung übernehmen können.

Auch die evangelisch-reformierte Kantonalkirche Schwyz sowie andere Kantonalkirchen des Bistums Chur haben das Ausländerstimmrecht eingeführt. Es hat sich bewährt.

Andreas Hubli, Präsident Kirchenrat Altendorf

## Wer ist hier plump?

Zum Artikel «Der Steuerentscheid der G7 ist ein Ärgernis» vom 10. Juni.

Siebt Jahrzehnten mischt die Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb mit und gräbt den anderen Staaten Steuersubstrat ab. Geld, das in anderen Staaten erwirtschaftet wird, wird statt

zum regulären Steuersatz hier bei uns zu einem Dumping-Satz besteuert. Jährlich gehen durch Steuervermeidung 427 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen verloren. 245 Milliarden davon sind Unternehmensgewinnsteuern, die durch die Verlagerung von Steuersubstrat in Steuer-oasen verloren gehen. Für rund elf Milliarden dieser weltweiten Steuervermeidung bei den Unternehmensgewinnen, das heisst ungefähr fünf Prozent, ist die Schweiz verantwortlich. Das entspricht in etwa den Jahresgehältern von 850 000 Pflegefachpersonen (Quelle: The State of Tax Justice 2020, Tax Justice Network et al.).

Vom weltweiten Steuerwettbewerb und der Möglichkeit, Gewinne an einem anderen Ort zu versteuern, als dort, wo sie tatsächlich erwirtschaftet werden, profitiert vor allem eine Gruppe: die Reichen. Sie besitzen die Unternehmen und sie können ihren Wohnsitz dorthin verlegen, wo ihre Einkommen und Vermögen zu Dumping-Sätzen besteuert werden. Auf der Strecke bleibt der Service Public, der im Rennen um immer tiefere Steuersätze nicht mehr finanzierbar ist. Auf der Strecke bleibt damit die Allgemeinheit.

Hier liegt ein Marktversagen vor: Der Wettbewerb schafft es nicht, die Bedürfnisse der Allgemeinheit zu befriedigen, weil sich ohne internationale Spielregeln die Staaten immer stärker gegenseitig unterbieten – was ihnen im Endeffekt selbst schadet. Der Wille der G7, das Steuerdumping-Rennen zu stoppen, ist also mehr als verständlich. Und unserem Finanzdirektor fällt

nichts Besseres ein, als das Vorgehen der G7 als «plump» zu bezeichnen, und so zu tun, als könnten diese einfach schlecht mit Finanzen umgehen? Diese Aussage ist tatsächlich plump.

Elias Studer, Oberarth  
Vize-Präsident SP Kanton Schwyz,

## Zwischenfazit

Meine Eltern sowie das Lehrpersonal in den Volks-, Mittel- und Hochschulen waren immer sehr zufrieden mit mir. In der Arbeitswelt zeigt sich das gleiche Bild. Regelmässige positive Kundenfeedbacks motivieren mich zu weiteren Höchstleistungen am Arbeitsplatz. Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Sinnhaftigkeit sind wichtige Grundlagen für diesen Erfolg.

Seit über 15 Monaten beschäftige ich mich mit SARS-CoV-2. Ich musste erfahren, dass das BAG, Swissmedic, CDK, meine Volksvertreter, diverse Behörden, namhafte Medien und Labors mit meiner Einstellung nicht zufrieden waren. Auf einfache konkrete Fragen aus deren Tagesgeschäft ist man nicht eingegangen. Dies hat mich sehr nachdenklich gestimmt.

Als Kunde bin ich aktuell mit meinen behördlichen, politischen, medialen und labortechnischen Dienstleistungen gar nicht zufrieden. Sie lassen mich meine Werte stark vermissen. Das ist Neuland für mich. Daran will ich mich künftig auch nicht gewöhnen müssen. Ich erwarte von meinem Heimatland, dass es mir endlich

sagt, wie gefährlich dieses Virus wirklich ist. Dazu zeigt man die Infektionssterblichkeit (IFR) und die Mortalität auf und setzt diese Kennzahlen ins Verhältnis zu anderen bekannten ansteckenden Infektionskrankheiten. Man zeigt auf, ob die Bevölkerung schrumpft oder wächst.

Dann möchte ich wissen, warum man die PCR-Methode als Basis nimmt, um zu sagen, ob jemand ansteckend auf SARS-CoV-2 ist. Die WHO sagt offiziell seit Januar 2021, dass die Diagnose einer SARS-CoV-2-Infektion nicht allein anhand des PCR-Test-Ergebnisses gestellt werden darf. Bei einer niedrigen Prävalenz in der Bevölkerung ist das Risiko hoch, viele falsch-positive Ergebnisse zu erzielen. Symptomlose Menschen übertragen das Virus äusserst selten und wenn – dann führt es nie zu einer ernsthaften Erkrankung.

Bei meiner letzten telefonischen Anfrage an die BAG-Hotline zum Thema «Sensitivität, Spezifität und verwendete Ct-Werte» der PCR-Methode, wurde ich in die Bundesverwaltung verwiesen. Dort konnte man mich ebenfalls mit keinem Spezialisten verbinden. Als ich fragte, ob ich jetzt einen Brief an den Bundesrat schreiben müsste, hörte ich ein «Ja» in der Muschel. Was sein muss, muss sein. Ich werde dann auch noch fragen, warum ich den BAG-Batzen für die monatlichen fünf Selbsttests nicht für präventive Gesundheitsmassnahmen einsetzen kann. Wenn es der Politik wirklich um die Gesundheit geht, müsste dies doch möglich sein.

Daniel Ast, Siebnen